

268826-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Planung der Straßenüberführung über die Bahngleise der S-Bahn-Linie S 11

OJ S 76/2026 20/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

E-Mail: info@ip-gl.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planung der Straßenüberführung über die Bahngleise der S-Bahn-Linie S 11

Beschreibung: Im Rahmen des Ausbaus der S 11 plant die DB InfraGO AG die Beseitigung des Bahnübergangs Tannenbergsstraße in Bergisch Gladbach. Hierzu hat die DB InfraGO AG am 28.03.2024 das Planfeststellungsverfahren für den Planfeststellungsabschnitt (PFA) 2.2 eingeleitet. Da die verkehrlichen Ziele der vorgesehenen Ersatzmaßnahme nach Einschätzung der Stadt Bergisch Gladbach sowie gemäß gutachterlicher Bewertung mit einem Ausbau der Eisenbahnüberführung (EÜ) Buchholzstraße nicht erreicht werden können, soll stattdessen eine Straßenüberführung über die künftig dreigleisig ausgebaute Strecke 2663 geplant werden. Gegenstand dieser Ausschreibung ist die BIM#Planung der Straßenüberführung einschließlich der Anschlussbereiche an das öffentliche Straßennetz sowie der Ausbau des Knotenpunktes an der Kalkstraße. Die Gesamtmaßnahme wird in zwei Lose unterteilt. Los 1: Objekt# und Tragwerksplanung der Straßenüberführung sowie Objektplanung der Verkehrsanlagen (Straße einschließlich der Anschlussbereiche an das öffentliche Straßennetz) entsprechend § 43, § 47 und § 51 HOAI Los 2: Objektplanung für den Ausbau des Knotenpunktes an der Kalkstraße entsprechend § 47 HOAI Die Beauftragung des Auftragnehmers erfolgt in Leistungsstufen. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer zunächst mit der Erbringung der Leistungsstufe 1 beauftragen. Diese umfasst die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 1 und Lph 2. Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Maßnahme den Auftragnehmer mit weiteren Leistungen in folgenden Leistungsstufen zu beauftragen: Leistungsstufe 2: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 3 und Lph 4; Leistungsstufe 3: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 5 und Lph 6; Leistungsstufe 4: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 7

Kennung des Verfahrens: f893168a-158d-43e8-a80f-b195db674dda

Interne Kennung: E78986528

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Rheinisch-Bergischer Kreis (DEA2B)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Vergabeunterlagen werden den Bietern auf der Vergabepattform <https://www.subreport.de/E78986528> barrierefrei zur Verfügung gestellt. Die Teilnahmeanträge sind elektronisch abzugeben, indem sie auf die eVergabe-Plattform hochgeladen werden. Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist dafür nicht erforderlich. 2. Soweit die Auftraggeberin Formblätter vorgegeben hat, sollen diese möglichst verwendet werden. Diese sind an den dafür vorgesehenen Stellen vollständig auszufüllen und in Druckbuchstaben mit dem Namen der erklärenden Person zu versehen (Textform i. S. d. § 126b BGB). Hiervon ausgenommen ist das Formblatt E-5 (Verpflichtungserklärung Drittunternehmen). Diesen Nachweis kann der Bewerber auch in anderer Form erbringen. 3. Hinweise zu den Vergabeunterlagen (z. B. bei Unklarheiten oder Problemen mit den elektronischen Dokumenten) sowie Fragen sind ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform zu stellen. Mündlich/telefonisch gestellte Fragen werden nicht beantwortet; mündliche/telefonische Auskünfte bzw. Antworten wären, sollten sie doch erteilt werden, nicht verbindlich. Die Vergabestelle behält sich vor, Fragen, die später als 8 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden, nicht zu beantworten. 4. Erforderlich ist die Einreichung einer Eigenerklärung zur Verordnung EU 2022/576 Russland, Formblatt E3. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist die Eigenerklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. 5. Im Falle des Vorliegens einer Bewerbergemeinschaft sind neben das Formblatt E9 und weiter für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Formblätter E1, E2, E3 sowie ein aktueller Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) einzureichen. 6. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; die Vergabestelle behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. 7. Die Auftraggeberin wird alle Bewerber, welche die Anforderungen an die Eignung erfüllen, zur Abgabe eines Erstangebots auffordern. 8. Die ersten Angebote werden als indikative (=nicht zuschlagsfähige) Angebote angefordert. Sodann wird mit den vier (4) nach Maßgabe der Bewertungskriterien besten Bietern ein Verhandlungsgespräch mit dem Ziel einer Optimierung der Angebote durchgeführt. 9. Im Anschluss erhalten die verbliebenen Bieter die Aufforderung zur Einreichung eines verbindlichen Angebots.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Es ist eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB abzugeben, Formblatt E1. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder einer Eignungsleihe muss jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. zusätzlich zu dem Bewerber selbst auch das eignungsleihende Unternehmen eine solche Eigenerklärung abgeben. Außerdem ist eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 MiLoG, § 21 AEntG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG, Formblatt E2, erforderlich. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder einer Eignungsleihe muss jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. zusätzlich zu dem Bewerber selbst auch das eignungsleihende Unternehmen eine solche Eigenerklärung abgeben.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planung der Straßenüberführung

Beschreibung: Die Leistungen dieses Loses umfassen die Objekt# und Tragwerksplanung der Straßenüberführung sowie Objektplanung der Verkehrsanlagen (Straße einschließlich der Anschlussbereiche an das öffentliche Straßennetz) entsprechend § 43, § 47 und § 51 HOAI. Die Leistungen werden stufenweise beauftragt: Mit der Zuschlagserteilung werden die Leistungen der Leistungsphasen 1 und 2 nach HOAI abgerufen (Leistungsstufe 1). Die Leistungsstufe 2 umfasst die Leistungen der Leistungsphasen 3 und 4 nach HOAI; die Leistungsstufe 3 umfasst die Leistungsphasen 5 und 6 nach HOAI und die Leistungsstufe 4 umfasst die Leistungen der Leistungsphase 7 nach HOAI. Jeweils umfasst sind die Grundleistungen sowie die in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Besonderen Leistungen nach HOAI.

Interne Kennung: LOT-0001 E78986528

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Leistungen werden stufenweise vergeben. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer zunächst mit der Erbringung der Leistungsstufe 1 beauftragen. Diese umfasst die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 1 und Lph 2. Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Maßnahme den Auftragnehmer mit weiteren Leistungen in folgenden Leistungsstufen zu beauftragen:
Leistungsstufe 2: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 3 und Lph 4;
Leistungsstufe 3: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 5 und Lph 6;
Leistungsstufe 4: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 7.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bergisch Gladbach

Land, Gliederung (NUTS): Rheinisch-Bergischer Kreis (DEA2B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Die Brückenplanung soll die Verkehrsabwicklung optimieren und damit Umweltauswirkungen minimieren. Zudem wird im Rahmen des Auftrages besonderes Augenmerk auf eine nachhaltige Planung gelegt.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erforderlich ist eine Eigenerklärung zum Gesamtumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, Formblatt E-4. Mindestens ist ein Jahresumsatz im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre von 1 Million Euro netto gefordert. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist es ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft die geforderten Erklärungen und Nachweise erbringt bzw. die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft die Anforderungen gemeinsam erfüllen. Beruft sich ein Bewerber hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf Erklärungen /Nachweise eines Drittunternehmens (Eignungsleihe), muss der Bewerber zusätzlich einen Verfügbarkeitsnachweis des Drittunternehmens (z.B. auf Formblatt E-5) beifügen. In diesem Fall wird eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zu Referenzen mit vergleichbaren Leistungen, Formblatt E-6. Mindestens müssen 3 Referenzprojekte über die Planung einer Brücke über elektrifizierte Eisenbahngleise mit mindestens 2 Gleisen aus dem Zeitraum seit dem 1.1.2016 nachgewiesen werden. Es muss sich jeweils um eine Brücke für den Kfz-Verkehr mit einer Spannweite von mindestens 30 Metern gehandelt haben. Mindestens müssen die Leistungsphasen 2-5 nach HOAI für die Objektplanung und die Tragwerksplanung erbracht worden sein; alternativ können gesonderte Referenzen (jeweils mindestens drei) für a) die Objektplanung und b) die Tragwerksplanung vorgelegt werden. Mindestens eine Referenz muss auch die Leistungsphasen 6-7 umfasst haben. Mindestens 2 der genannten Referenzen müssen die Überbrückung von Schienen der Deutschen Bahn betroffen haben.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Verpflichtungserklärung, zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag - soweit nicht bereits bestehend - unverzüglich eine aktuell gültige, marktübliche Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und während des gesamten Auftrags beizubehalten und dabei folgende Mindestdeckungsbeiträge zu vereinbaren: Personen- und Sachschäden jeweils 3 Millionen Euro. Formblatt E-7.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Im Falle des Vorliegens einer Bewerbergemeinschaft sind neben dem Formblatt E-8 für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Formblätter E1, E2, E3 sowie ein aktueller Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) einzureichen. Bei Bewerbung von Einzelbewerbern ist das "Formular zum Teilnahmeantrag" mit einzureichen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Aufgrund der vorgesehenen Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln sowie im Hinblick auf die nur sehr begrenzt einplanbaren "Baufenster" der Deutschen Bahn ist eine gesichert zeitgerechte Auftragsdurchführung für den Auftraggeber von hoher Bedeutung. Eine Zuschlagserteilung zum 30.8.2026 vorausgesetzt müssen die Leistungsphasen 1 und 2 bis spätestens 30.4.2027 vollständig erbracht sein. Vor diesem Hintergrund ist eine Eigenerklärung abzugeben, dass der Bewerber über ausreichende Mittel und Kapazitäten verfügt, um die Planung jederzeit zeitgerecht durchzuführen und insbesondere die Leistungsphasen 1 und 2 bis zum 30.4.2027 vollständig abzuschließen, Formblatt E-9.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erforderlich ist die Vorlage eines aktuellen Handelsregisterauszuges, soweit die Eintragung nach den gesetzlichen Vorschriften des Landes, aus dem der Bewerber stammt, vorgesehen ist. Der Auszug darf nicht älter als 3 Monate sein; Stichtag ist das Datum der Teilnahmefrist. Bewerber aus anderen Ländern haben vergleichbare Unterlagen der für sie zuständigen Institutionen vorzulegen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder im Falle der Eignungsleihe ist ein aktueller Handelsregisterauszug auch von sämtlichen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft bzw. dem eignungsleihenden Unternehmen abzugeben.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 29/04/2026 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E78986528>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 18/05/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E78986528>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/05/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es gelten die Maßgaben des § 56 VgV

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: Abschlagszahlungen nach Leistungsfortschritt

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Bieter sowie die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 GWB bzgl. der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. Die Einhaltung der Rügeobliegenheit ist Zulässigkeitsvoraussetzung für die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens (§ 160 Absatz 3 Satz 1 GWB). Durch die Rüge soll dem öffentlichen Auftraggeber die Gelegenheit gegeben werden, die Rechtmäßigkeit seines Vergabeverfahrens überprüfen und etwaige Vergabefehler beheben zu können. Soweit der Bieter Verstöße gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkennt, hat er sie innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber zu rügen. Sind Vergabeverstöße aufgrund der Bekanntmachung erkennbar, sind diese bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung zu rügen. Erkennbare Verstöße in den Vergabeunterlagen müssen spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt werden. Teilt der öffentliche Auftraggeber dem Bieter mit, dass seiner Rüge nicht abgeholfen wird, muss der Nachprüfungsantrag innerhalb von 15 Kalendertagen ab Eingang der Mitteilung über die Nichtabhilfe beim Bieter bei der zuständigen Vergabekammer eingereicht werden. Für bis zum 30.6.2026 eingehende Nachprüfungsanträge ist die in dieser Bekanntmachung als ORG-002 aufgeführte Vergabekammer Rheinland zuständig. Für ab dem 1.7.2026 eingehende Nachprüfungsanträge wechselt die Zuständigkeit zur Vergabekammer Westfalen, Albrecht-Thaer-Straße 9, 48147 Münster.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Planung Ausbau Knotenpunkt an der Kalkstraße.

Beschreibung: Objektplanung für den Ausbau des Knotenpunktes an der Kalkstraße entsprechend § 47 HOAI. Die Leistungen werden stufenweise beauftragt: Mit der Zuschlagserteilung werden die Leistungen der Leistungsphasen 1 und 2 nach HOAI abgerufen (Leistungsstufe 1). Die Leistungsstufe 2 umfasst die Leistungen der Leistungsphasen 3 und 4 nach HOAI; die Leistungsstufe 3 umfasst die Leistungsphasen 5 und 6 nach HOAI und die Leistungsstufe 4 umfasst die Leistungen der Leistungsphase 7 nach HOAI. Jeweils umfasst sind die Grundleistungen sowie die in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Besonderen Leistungen nach HOAI.

Interne Kennung: LOT-0002 E78986528

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Leistungen werden stufenweise vergeben. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer zunächst mit der Erbringung der Leistungsstufe 1 beauftragen. Diese umfasst die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 1 und Lph 2. Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Maßnahme den Auftragnehmer mit weiteren Leistungen in folgenden Leistungsstufen zu beauftragen:

Leistungsstufe 2: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 3 und Lph 4;

Leistungsstufe 3: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 5 und Lph 6;

Leistungsstufe 4: Die Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Lph 7.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bergisch Gladbach

Land, Gliederung (NUTS): Rheinisch-Bergischer Kreis (DEA2B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Die Brückenplanung soll die Verkehrsabwicklung optimieren und damit Umweltauswirkungen minimieren. Zudem wird im Rahmen des Auftrages besonderes Augenmerk auf eine nachhaltige Planung gelegt.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erforderlich ist eine Eigenerklärung zum Gesamtumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, Formblatt E-4. Mindestens ist ein Jahresumsatz im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre von 200.000 Euro netto gefordert. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist es ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft die geforderten Erklärungen und Nachweise erbringt bzw. die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft die Anforderungen gemeinsam erfüllen. Beruft sich ein Bewerber hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf Erklärungen /Nachweise eines Drittunternehmens (Eignungsleihe), muss der Bewerber zusätzlich einen Verfügbarkeitsnachweis des Drittunternehmens (z.B. auf Formblatt E-5) beifügen. In diesem Fall wird eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zu Referenzen mit vergleichbaren Leistungen, Formblatt E-6. Mindestens müssen 3 Referenzprojekte über die Planung von Straßen im innerstädtischen Bereich aus dem Zeitraum seit dem 1.1.2016 mit einem Bauvolumen von mindestens 1,5 Mio. Euro netto nachgewiesen werden. Zumindest die Leistungsphasen 2-5 gem. § 47 HOAI müssen erbracht worden sein. Mindestens eine Referenz muss auch die Leistungsphasen 6 und 7 nach HOAI umfasst haben.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Verpflichtungserklärung, zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag - soweit nicht bereits bestehend - unverzüglich eine aktuell gültige, marktübliche Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und während des gesamten Auftrags beizubehalten und dabei folgende Mindestdeckungsbeiträge zu vereinbaren: Personen- und Sachschäden jeweils 3 Millionen Euro. Formblatt E-7.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Im Falle des Vorliegens einer Bewerbergemeinschaft sind neben dem Formblatt E-8 für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Formblätter E1, E2, E3 sowie ein aktueller Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) einzureichen. Bei Bewerbung von Einzelbewerbern ist das "Formular zum Teilhabeantrag" mit einzureichen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Aufgrund der vorgesehenen Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln sowie im Hinblick auf die unmittelbare Verbindung zu den Leistungen des Loses 1 ist eine gesichert zeitgerechte Auftragsdurchführung für den Auftraggeber von hoher Bedeutung. Eine Zuschlagserteilung zum 30.8.2026 vorausgesetzt müssen die Leistungsphasen 1 und 2 bis spätestens 30.4.2027 vollständig erbracht sein. Vor diesem Hintergrund ist eine Eigenerklärung abzugeben, dass der Bewerber über ausreichende Mittel und Kapazitäten verfügt, um die Planung jederzeit zeitgerecht

durchzuführen und insbesondere die Leistungsphasen 1 und 2 bis zum 30.4.2027 vollständig abzuschließen, Formblatt E-9.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erforderlich ist die Vorlage eines aktuellen Handelsregisterauszuges, soweit die Eintragung nach den gesetzlichen Vorschriften des Landes, aus dem der Bewerber stammt, vorgesehen ist. Der Auszug darf nicht älter als 3 Monate sein; Stichtag ist das Datum der Teilnahmefrist. Bewerber aus anderen Ländern haben vergleichbare Unterlagen der für sie zuständigen Institutionen vorzulegen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder im Falle der Eignungsleihe ist ein aktueller Handelsregisterauszug auch von sämtlichen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft bzw. dem eignungsleihenden Unternehmen abzugeben.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 29/04/2026 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E78986528>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 18/05 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E78986528>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/05/2026 14:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es gelten die Maßgaben des § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: Abschlagszahlungen nach Leistungsfortschritt

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Bieter sowie die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 GWB bzgl. der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. Die Einhaltung der Rügeobliegenheit ist Zulässigkeitsvoraussetzung für die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens (§ 160 Absatz 3 Satz 1 GWB). Durch die Rüge soll dem öffentlichen Auftraggeber die Gelegenheit gegeben werden, die Rechtmäßigkeit seines Vergabeverfahrens überprüfen und etwaige Vergabefehler beheben zu können. Soweit der Bieter Verstöße gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkennt, hat er sie innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber zu rügen. Sind Vergabeverstöße aufgrund der Bekanntmachung erkennbar, sind diese bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung zu rügen. Erkennbare Verstöße in den Vergabeunterlagen müssen spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt werden. Teilt der öffentliche Auftraggeber dem Bieter mit, dass seiner Rüge nicht abgeholfen wird, muss der Nachprüfungsantrag innerhalb von 15 Kalendertagen ab Eingang der Mitteilung über die Nichtabhilfe beim Bieter bei der zuständigen Vergabekammer eingereicht werden. Für bis zum 30.6.2026 eingehende Nachprüfungsanträge ist die in dieser Bekanntmachung als ORG-002 aufgeführte Vergabekammer Rheinland zuständig. Für ab dem 1.7.2026 eingehende Nachprüfungsanträge wechselt die Zuständigkeit zur Vergabekammer Westfalen, Albrecht-Thaer-Straße 9, 48147 Münster.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

Organisation, die Angebote bearbeitet: Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (IPGL)

Registrierungsnummer: DE435256945

Postanschrift: Paffrather Straße 102-116

Stadt: Bergisch Gladbach

Postleitzahl: 51465

Land, Gliederung (NUTS): Rheinisch-Bergischer Kreis (DEA2B)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Thomas Brixel-Diehl

E-Mail: info@ip-gl.de

Telefon: 0 22 02 14 13 26

Internetadresse: <https://www.ip-gl.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland

Registrierungsnummer: 05315-03002-81

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10d

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50674

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@brk.nrw.de

Telefon: +49 2211473045

Fax: +49 2211472889

Internetadresse: <https://www.bezreg-koeln.nrw.de/themen/wirtschaft-undkultur/vergabekammer-rheinland>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

ce790114-ed19-4633-b92d-2de785ca806a-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Unter Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung wurden für Los 1 die Referenzanforderungen im Hinblick auf die mindestens erforderliche Gleisanzahl (mind. 2 statt 3) sowie die mindestens erforderliche Spannweite (mind. 30m statt 50m) angepasst. Aufgrund der Anpassung der

Referenzanforderungen wurde zudem die Teilnahmefrist um eine Woche auf den 07.05.2026, 14:00 Uhr verlängert.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001

Beschreibung der Änderungen: Anstelle von: "Eigenerklärung zu Referenzen mit vergleichbaren Leistungen, Formblatt E-6. Mindestens müssen 3 Referenzprojekte über die Planung einer Brücke über elektrifizierte Eisenbahngleise mit mindestens 3 Gleisen aus dem Zeitraum seit dem 1.1.2016 nachgewiesen werden. Es muss sich jeweils um eine Brücke für den KfZ-Verkehr mit einer Spannweite von mindestens 50 Metern gehandelt haben...." Heißt es nunmehr: "Eigenerklärung zu Referenzen mit vergleichbaren Leistungen, Formblatt E-6. Mindestens müssen 3 Referenzprojekte über die Planung einer Brücke über elektrifizierte Eisenbahngleise mit mindestens 2 Gleisen aus dem Zeitraum seit dem 1.1.2016 nachgewiesen werden. Es muss sich jeweils um eine Brücke für den KfZ-Verkehr mit einer Spannweite von mindestens 30 Metern gehandelt haben..."

Änderung der Auftragsunterlagen am: 16/04/2026

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Aufgrund der Anpassung der Referenzanforderungen wurde zudem die Teilnahmefrist unter Ziff. 5.1.12 um eine Woche auf den 07.05.2026, 14:00 Uhr verlängert.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: ae8d2d4f-31f7-429c-b77f-2313923773c2 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/04/2026 11:07:53 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 268826-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 76/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/04/2026